

Kurzbericht

Unterausschuss „Medien“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (44. - öffentliche - Sitzung am 2. Februar 2022)

Beratungsthemen:

1. Entwurf eines Niedersächsischen Mediengesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/9394](#)

Der Unterausschuss schloss die Mitberatung ab. Er lehnte den Änderungsvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 12) mit den Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen von SPD und CDU und gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung des Vertreters der Fraktion der FDP ab.

Gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen votierte der Unterausschuss dafür, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs in der Fassung der Vorlage 11 des GBD zuzüglich des in der Sitzung eingebrachten Änderungsvorschlags der Fraktionen der SPD und der CDU (Vorlage 13) und den in der Sitzung beschlossenen Änderungen zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP

Enthaltung: -

2. Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Medienänderungsstaatsvertrag

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/10583](#)

Der Unterausschuss nahm die Einbringung des Gesetzentwurfs durch die Landesregierung entgegen und erörterte dessen Grundzüge. Zudem besprach er Verfahrensfragen und beschloss, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände um eine schriftliche Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf zu bitten. Er nahm in Aussicht, die Mitberatung in seiner für den 2. März 2022 geplanten Sitzung abzuschließen.